

Der Koalitionsvertrag

Was steht drin?

EINE ANALYSE DER JUSOS HESSEN-NORD

Rückblick: Der Parteitag in Bonn	2
I. Ein neuer Aufbruch für Europa	3
II. Eine neue Dynamik für Deutschland	4
III. Familien und Kinder im Mittelpunkt	4
IV. Offensive Bildung, Forschung und Digitalisierung	5
V. Gute Arbeit, breite Entlastung und soziale Teilhabe	7
VI. Erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen	8
VII. Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten	9
VIII. Zuwanderung steuern – Integration fordern und unterstützen	10
IX. Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen	11
X. Ein handlungsfähiger Staat für eine freie Gesellschaft	12
XI. Verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen	13
XII. Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt	13
XIII. Zusammenhalt und Erneuerung – Demokratie beleben	14
XIV. Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen	14
Fazit	14
Schlusswort	16

Rückblick: Der Parteitag in Bonn

Drei Aufträge an das Verhandlungsteam - Was wurde daraus?



Auftrag 1: Beenden der Zustände der Befristung für Arbeitsplätze; Begrenzung von Befristungsketten und Einschränkung der Gründe für Befristungen

- Sachgrundlose Befristung wird nur bei Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mit über 75 Beschäftigten eingeschränkt. Auch dort dürfen weiterhin 2,5% der Belegschaft ohne Sachgrund beschäftigt werden
- Keine Einschränkung der Sachgründe für Befristungen
- Sachgrundlose Befristung ist weiterhin bis zu 18 Monate und mit einmaliger Verlängerung möglich



Auftrag 2: Ende der Zwei-Klassen-Medizin einleiten, Bedarfsgerechte Versorgung der Patientinnen und Patienten, gerechte Honorarordnung, Öffnung der GKV für Beamtinnen und Beamte

- Keine Fortschritte zum Ende der Zwei-Klassen-Medizin
- Zur gesetzlichen Krankenversicherung: Wiederherstellung der Parität der Finanzierung, Überprüfung der Honorar- und Gebührenordnungen für Honorare von Ärztinnen und Ärzten



Auftrag 3: Weitergehende Härtefallregelung für Familiennachzug

- Nach Expertinnen und Experten greift die Härtefallregelung nicht, sie ist zu eng gefasst und geht nicht über die bestehende Regelung hinaus

Zusammung: Bei den Aufträgen des Parteitags ist der Koalitionsvertrag durchgefallen. Bei der Sachgrundlosen Befristung konnten kleine Verbesserungen erkämpft werden. Für das Ende der Zwei-Klassen-Medizin und den Familiennachzug gilt dies nicht. Hier konnte auch kein Einstieg in das Ende unsozialer Politik begonnen werden.

(Keine) **Friedenspolitik**
(S.8, 193)

Kein Wort über Abrüstungspolitik oder die Eindämmung von Waffenausport aus der EU.

II. Eine neue Dynamik für Deutschland

Kurzeinschätzung: Ist eine Kurzzusammenfassung der geplanten Projekte, die in den folgenden Kapiteln genauer erörtert werden. Das Kapitel kann als grobe Übersicht dienen.

III. Familien und Kinder im Mittelpunkt

Kurzeinschätzung: Im Kapitel Familien und Kinder im Mittelpunkt werden viele Forderungen aus dem SPD-Regierungsprogramm angesprochen. Für Kinder und junge Menschen wird hier einiges im Bereich Zugang zu Bildung verbessert. Dazu gehört zum Beispiel die Beteiligung des Bundes an den Kosten für Kindertagesstätten, diese soll zu Entlastungen bis hin zur Gebührenfreiheit führen. Hier würden demnach auch hessische Kommunen entlastet. Die SPD konnte darüber hinaus einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung durchsetzen, der jedoch erst 2025 - weit nach der Legislaturperiode - greifen soll. Insbesondere im Bereich der Gleichstellung von Männern* und Frauen* verliert sich der Vertrag in Prüfaufträgen und es zeichnet sich ein Stillstand ab. Ob Frauen in Führungspositionen oder in der Politik, es fehlen Konzepte, die echten Handlungswillen ausdrücken.

Übersicht zu wichtigen Positionen:

Erhöhung Kindergeld:
1.07.2019 10 Euro;
1.01.2021 15 Euro
(S.19, 696ff)

Das Kindergeld wird bei Familien, die Hartz IV beziehen, als Einkommen verrechnet. Sie profitieren von der benötigten Erhöhung nicht gleichermaßen.

Bund unterstützt bei **KiTa-Gebühren**; Entlastung bis hin zu Gebührenfreiheit
(S.20, 738ff)

Wichtige SPD-Forderung, in der Ausgestaltung bleibt es leider unkonkret, die Gebührenfreiheit kann nicht zugesichert werden.

Rechtsanspruch auf **Ganztagsbetreuung** ab 2025 (S.20, 753)

Bis zur Umsetzung des Rechtsanspruchs vergehen noch 7 Jahre.

Kinderrechte ins Grundgesetz (S.21, 801f)

Zu Kinderrechten soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden. Leider fehlt ein klares Bekenntnis zu demokratischen Rechten von Kindern und Jugendlichen.

Jugendpolitik (S.23, 907ff)

Statt Mitbestimmung von jungen Menschen soll nur mehr für deren Anliegen sensibilisiert werden.

Frauen weiter kaum in **Führungspositionen** (S.24, 944ff)

Stillstand: Verweis auf das in der letzten Legislatur auf den Weg gebrachte Gesetz. An dessen Problemen soll jedoch nicht nachgebessert werden. Dabei haben 70% der Unternehmen dort schlicht das Ziel "Null Frauen" formuliert.

Frauen weiter **unterrepräsentiert** in der Politik (S.25, 990)

Stillstand: Das Problem wird erkannt, geändert wird nix im Wahlsystem oder auf anderem Wege. Es soll nur eine nur eine Individualförderung geben, von der einige wenige Frauen* profitieren.

Keine weitgehende **Sexismusbekämpfung** (S.25, 1001ff)

Es gibt keine Initiative gegen sexistische Werbung wie beispielsweise in Berlin. Auch Geschlechterrollen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen oder ähnliches wird nicht angegangen. Stattdessen eine reine Absichtserklärung.

Schutz von **Frauen** vor **Gewalt** (S.26, 1056f)

Es soll nur geprüft werden, was getan werden könnte

Im Bereich Gleichstellung finden sich nur Absichtserklärungen, keine Gesetzesinitiativen, die reale Veränderungen bewirken könnten.

IV. Offensive Bildung, Forschung

Kurzeinschätzung: Im Koalitionsvertrag nimmt Bildung einen massiven Stellenwert ein, wenn man die Fülle der gewollten Veränderungen und Investitionen sieht. Es kann durchaus gesagt werden, dass die Richtung sehr positiv ist. Doch es gibt mehrere Haken. Neben einer fraglichen Finanzierung von den angestrebten Projekten und deren zeitlichen Umsetzung, fällt ebenfalls auf, dass das Ende des Kooperationsverbots nirgends explizit gefordert wird. An einigen Stellen, wie der Förderung der Weiterbildungen und Kostenaufhebung oder der Digitalisierung der Bildung gibt es zwar sehr gute Initiativen, die aber zuletzt an der Kooperationsbereitschaft der Länder und Kommunen scheitern können.

Übersicht zu wichtigen Positionen:

Nationaler **Bildungsrat** (S.28, 1130ff)

Was für Kompetenzen hat dieser, wenn die Bildungshoheit bei den Ländern bleibt? Zu ungenau, was mit diesem Bildungsrat über bestehende Strukturen hinaus erreicht werden soll.

Investitionsoffensive für Schulen (S.28, 1141ff)

Alles in Allem löblich als Ziel, allerdings bleiben andere GG Artikel unberührt, wie bspw. 91b, die alle Teil bzw. Kompromiss im Bereich des Kooperationsverbots sind. Es fehlt auch der Überblick über einen finanziellen Rahmen.

Rechtsanspruch: **ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote** im Grundschulalter (S.28, 1149ff)

Eine sehr gute Initiative, auch wenn sie nicht in dieser Legislatur zum Ende kommen soll.

Was allerdings fehlt ist ein Zeitraum. Der Bund will 2 Mrd € zur Verfügung stellen, von 2018-2021? oder bis 2025? Was

passiert, wenn die Mittel Auslaufen? Neben Räumlichkeiten, die geschaffen werden müssen, gilt es auch Personal zu bilden und zu finanzieren - auch wenn die 2 Mrd. € auslaufen.

Erstaunlicherweise fehlt der Kommentar in diesem Kapitel zur Entlastung bzw. Abschaffen der Gebühren bei der Kinderbetreuung. Ob das übersehen wurde (da es auf S11 313 auftaucht) oder nicht, lässt sich nicht verfolgen. Ein Rechtsanspruch auf Betreuung gleicht jedenfalls nicht dem Anspruch auf Kostenfreiheit.

Novelle des **BbiG** (S.30, 1234ff)

Hier soll ab 1. Januar 2020 eine Mindestausbildungsvergütung gesetzlich verankert werden, was großartig ist!

Fraglich bleibt auch hier jedoch in welcher Höhe.

Berufsbildung 4.0 (S.30, 1248ff)

Wie sollen diese Hilfen aussehen? In welchen finanziellen und zeitlichen Rahmen? Gute Absichtserklärungen, ungenaue bis gar keine Konkretisierungen wie das zu schaffen ist.

Sozial- und Pflegeberufe (S.31, 1278ff)

Man will "finanzielle Ausbildungshürden" abbauen, was heißt, dass die **SPD Forderung** nach vollständiger Abschaffung (wie sie noch im Sondierungspapier so standen) der Bildungskosten **nicht kommen** wird.

Ebenso bedeutet "Ausbildungsvergütung anstreben" ein voller Widerspruch zur gewollten BBiG Novelle (Mindestausbildungsvergütung)

Ausbau **BAföG** (S.32f, 1371ff)

Der Ausbau des BAföG ist sinnvoll und notwendig. Allerdings wird nicht beschrieben in welcher Höhe, oder wie die Leistungserhöhungen ausfallen. Vom "Meister-Bafög" ist nicht mehr die Rede.

Digitalisierung

Kurzeinschätzung: Ein Lichtblick im Koalitionsvertrag sind die Pläne um und mit dem Thema Digitalisierung. Dafür bekommt es sogar eine eigene Zusammenfassung, obwohl es im Vertrag eigentlich nur ein Unterthema von Bildung ist. In den letzten vier Jahren wurde hier viel verschleppt, dafür soll Deutschland nun für die Industrie 4.0 fit gemacht werden und Digitalisierung wird als Querschnittsaufgabe erkannt! Ob das jedoch auch finanziert wird, ist eine andere Frage.

Übersicht zu wichtigen Positionen:

Deutschland soll **Digitalland** werden (S.37, 1612ff vs. 1640ff)

Es werden ambitionierten Ziele erörtert. Problem ist auch hier die Finanzierung: Es wird von Gigabitnetzen bis 2025 geredet. Diese Legislatur will man 10-12 Mrd.€ für den Ausbau bereitstellen.

Problem: Die Bundesnetzagentur sieht Kosten von 77 Mrd.€ voraus. D.h. man stellt nur **1/6 der nötigen Mittel** bereit - also leere Versprechungen.

Hinzu kommt: Finanziert soll dies über Funklizenzen, die allerdings erst 2020 einen Erlös einbringen, von dessen Höhe nichts bekannt ist.

Rechtsanspruch auf schnelles Internet (S.38, 1665ff)

Ab 1.01.2025; Das ist gut, nach der Maßgabe "Internet ist Bürgerrecht", mit den Mitteln jedoch nicht schaffbar.

Digitale Verwaltung (S.45)

Zugegeben, ist ein Punkt der im Wahlprogramm 2013 aber nicht 2017 auftauchte - es fehlt aber nach wie vor ein Ministerium für Digitales: Digitalfragen werden nach wie vor im Verkehrsministerium von der CSU "behandelt"

V. Gute Arbeit, breite Entlastung und soziale Teilhabe sichern

Kurzeinschätzung: Es wird mir kleinen Stellschrauben versucht am SGB II herumzuschrauben. Mehr als kleine Ausbesserungen ist dabei nicht drin. Große sozialdemokratische Projekte wie das Arbeitslosengeld Q fehlen.

Übersicht zu wichtigen Positionen:

Eigenanteile für Mittagsverpflegung und Schülerbeförderung soll **entfallen** (S.51, 2316f)

Grundsätzlich gut, aber kein großer Wurf. Der Eigenanteil bei der Mittagsverpflegung (1 Euro) kann ohnehin schon durch andere Stellen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe übernommen werden. Insofern entlastet man hier lediglich die Behörden, indem man das Verfahren vereinfacht.

Eine Verbesserung für die Beziehler von ALG II stellt sich hier nur insofern ein, als dass das Antragsverfahren einfacher wird.

Lernförderung (S.51, 2318f)

Ermöglicht eine bessere schulische Unterstützung von Kindern im Bereich des SGB II Leistungsbezugs.

Sachgrundlose Befristung (S.52, 2342ff)

Es findet keine Abschaffung der sachgrundlosen Befristung statt. Diese soll stattdessen lediglich auf maximal 18 Monate anstatt bislang 24 Monate möglich sein. Ferner sollen Arbeitgeber mit mehr als 75 Beschäftigten nur noch maximal 2,5% der Belegschaft sachgrundlos befristen dürfen. Diese Vereinbarung ist bei weitem nicht ausreichend. Für uns ist klar, dass Befristungen ohne Sachgrund komplett abgeschafft werden muss. Die genannte Einschränkung auf 2,5% ist willkürlich und wird in einigen Fällen zu einer Gefährdung des sozialen Friedens in den Betrieben führen.

Abschaffung Soli (S. 53, 2436) Der Solidaritätszuschlag soll abgeschafft werden. Der Staat verzichtet damit auf Steuereinnahmen, während hohe Einkommen und Vermögen weiter unangetastet bleiben, obwohl es einen großen Investitionsstau gibt. Kleine Einkommen profitieren nur eingeschränkt.

VI. Erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen

Kurzeinschätzung: Im Bereich Wirtschaft steht die Förderung der Deutschen Wirtschaft aber auch ein Bekenntnis zu freiem Handel im Mittelpunkt. Es fehlen Konzepte, um kleine und mittelständische Unternehmen zu stärken. Im Bereich Tierschutz kann der Vertrag nur Feigenblätter vorweisen. Die CSU konnte wirtschaftliche Interessen gegenüber der Qual von Tieren durchsetzen.

Eines der größten Probleme des Koalitionsvertrags ist jedoch das Steuerkonzept. Es soll keine Umverteilung von oben nach unten geben, die dringend notwendig wäre. Außerdem sollen 46 Mrd. Euro mehr ausgegeben werden - wovon?

Das scheint keine krisensichere Planung zu sein, wenn an den vorgenommenen Projekten wirklich festgehalten werden soll.

Übersicht zu wichtigen Positionen:

Zusammenarbeit mit
Frankreich (S.55, 2491)

Deutsch-Französischer Wirtschaftsraum:
Warum wird sowas nicht gleich auf EU-Ebene geregelt?

Innovationen fördern
(S.59, 2676ff)

An sich korrekt das zu tun, steht auch so im Wahlprogramm der SPD. Allerdings steht nichts von der Höhe oder Art oder Machbarkeit der Finanzierung. Also ein großes Fragezeichen.

Rohstoffpolitik (S.59f,
2700ff)

Es fehlt gänzlich jegliche Betrachtung der ausbeuterischen Zustände, in denen Menschen in anderen Teilen der Welt, für die deutsche Industrie wichtige Rohstoffe fördern müssen.

Es fehlt auch ein Kommentar zur Verhinderung von Rohstoffspekulationen.

Außenhandel (S.65f,
3002ff)

Ein klares Bekenntnis zu Freihandelsabkommen und deren Erweiterung sowie zusätzlicher Entwicklung, nach Vorbild CETA. Was fehlt ist, die Festlegung darauf, dass es keine Schiedsgerichte geben soll in zukünftigen Abkommen.

Steuerpolitik und Aufbau
der Ausgaben (S.66ff)

Von 2018-2021 werden insgesamt Mehrausgaben von 46 Mrd. Euro vorgesehen; problematisch: Die Ausgaben (10-12 Mrd. €) für digitalen Infrastrukturausbau sind nicht mit aufgelistet, obwohl der Erlös der Lizenzen erst 2020 festgestellt werden kann.

Außerdem wird der Soli erst anteilig 2021 gekürzt, was einem Verlust von 10 Mrd. Euro Einnahmen pro Jahr entsprechen - was so viel heißt wie: Die kommende Regierung wird 40 Mrd. €

weniger zur Verfügung haben (mindestens)

Ebenfalls fehlen Rücklagen für etwaige Krisen und Vorfälle.

Steuerfairness (S.69f, 3136ff)

Steuergerechtigkeit heißt jetzt Steuerfairness. Leider steht dort nicht, dass man mehr Steuerfahnder bzw. Beamte gegen Steuerhinterziehung einstellen möchte. Immerhin soll der Zoll mehr Personal bekommen.

Tierschutz bleibt aus (S.87, 3979)

Aus dem Tierschutzlabel wird nur ein "Tierwohllabel" ohne klare Kriterien. Ein Verbot von reinwirtschaftlichen Eingriffen bei Tieren wie das Kupieren von Schwänzen oder der Schenkelbrand bei Pferden bleibt bestehen.

VII. Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten

Kurzeinschätzung: Bei dem Thema Rente hat es die Formulierung "doppelte Haltelinie" zwar vom Wahlprogramm in den Vertrag geschafft, die Forderung der Absicherung bis 2030 jedoch nicht. Das Sofortprogramm in der Pflege ist unzureichend und bleibt weit hinter dem zurück, was in den letzten Jahren hätte getan werden müssen. 8.000 neue Pflegestellen bei 13.000 Pflegeeinrichtungen zeigen dies eindrücklich auf. Es gibt keine klaren Maßnahmen zur Personalentlastung. Außerdem gibt es keine Bürger*innenversicherung und die Maßnahmen, die in diese Richtung führen, sind nicht als "Ende der Zwei-Klassen-Medizin" zu bezeichnen. Leider passiert im Bereich Pflege und Rente viel zu wenig.

Übersicht zu wichtigen Positionen:

Rentenniveau bis 2025 auf **48%** absichern (S.92, 4251)

Rentenniveau würde erst nach 2025 unter 48% sinken, dies ist nur eine Beschreibung des Ist-Zustandes, keine politische Lösung. Die SPD wollte das Rentenniveau bis 2030 absichern.

Grundrente mit Voraussetzung von 35 Beitragsjahren nach Bedürftigkeitsprüfung (S.92, 4271f)

Nur ca. 20% der betroffenen Rentner können 35 Beitragsjahre vorweisen, es geht nur um eine geringe Aufstockung der Sozialleistungen. Die "solidarische Lebensleistungsrente" aus dem Koalitionsvertrag 2013 bleibt die Union bis heute schuldig.

Arbeitsbedingungen und Bezahlung in der **Pflege verbessern** (S.96, 4454ff)

Der Plan des "Sofortprogramms" und der "Konzertierten Aktion Pflege" bleiben relativ unkonkret im Gegensatz zu dem Handlungsbedarf, der im Bereich Pflege besteht.

8000 neue **Fachkraftstellen** in der Pflege (S.96, 4460)

8000 Stellen sind im Vergleich zum Bedarf viel zu wenig und können die Lücken nicht schließen.

Paritätische Finanzierung der Krankenversicherung (S.102, 4776)

Stellt nur wieder einen Zustand her, der nicht hätte aufgegeben werden dürfen. Dennoch natürlich richtig.

VIII. Zuwanderung steuern - Integration fordern und unterstützen

Kurzeinschätzung: Wohl das traurigste Kapitel des Koalitionsvertrags und ein Schlag ins Gesicht für Schutzsuchende, Migrant*innen und Ehrenamtliche. Statt einer eigenständigen Migrationspolitik zeigt sich hier ein Kniefall vor den Rechtspopulist*innen der AfD und CSU. Europa soll weiter zum Ort der Abschottung ausgebaut werden und Menschen vor seinem Tor im Mittelmeer oder auf gefährlichen Schlepperrouten sterben. Ein Bekenntnis zu Vielfalt und einer offenen liberalen Gesellschaft sieht anders aus. Diese Gesetze werden viele Menschenleben und Hoffnungen kosten.

Auch in Deutschland sollen Schutzsuchende in zentralen Abschiebelagern weiter drangsaliert werden. In denen sollen zunächst sogar Minderjährige unbegleitete Geflüchtete untergebracht werden, statt in die Obhut des Jugendamtes zu kommen. Das widerspricht dem Schutz, den wir Kindern schulden. In diesen Lagern sollen Menschen bis zu 1,5 Jahre in Ungewissheit und Isolation ausharren und auf eine Entscheidung über ihren Verbleib warten.

Übersicht zu wichtigen Positionen:

Begrenzung von Fluchtbewegungen (S.103, 4815ff)	Nicht nur ein rhetorischer Sieg der CSU, denn: die Obergrenze wird durch ein Maßnahmenpaket zur Abschottung und Abschreckung durchgesetzt.
Fluchtursachenbekämpfung (S.103, 4832ff)	Bilanz der letzten GroKo: <ul style="list-style-type: none">- 0,7%-Ziel nie umgesetzt- Subventionen in der Landwirtschaft kein fairer Handel- restriktive Rüstungsexportpolitik angekündigt, stattdessen höhere Exporte Die Absichtserklärungen sind unglaubwürdig, es ist keine Gesetzesinitiative angekündigt, nur Kommissionen.
Keine Abkehr von Dublin- Verfahren (S.104, 4845f)	Deutschland windet sich weiterhin aus der Verantwortung, Beibehaltung der Zuständigkeit der Ersteinreisländer für Asylsuchende
Abschottung und Stärkung von Frontex, Aushebelung der Freizügigkeit (S.104, 4868f)	Festung Europa soll ausgebaut werden, Menschen an der Flucht gehindert, Menschen sollen von Flucht abgeschreckt werden. Binnengrenzkontrollen werden gebilligt
Familiennachzug (S.104, 4883ff)	Bundestag nimmt Mitgliederentscheid vorweg, Missachtung der Basis, Nachbesserung bei Härtefallregelung gescheitert (Auftrag Parteitag Bonn)
Erwerbsmigration: Fachkräftenwerbung soll "Rückkehr" beinhalten (S.105, 4912ff)	Schon bei Gastarbeiter*innenanwerbung in den 60er Jahren gescheitert und falscher Ansatz, Perspektive in Deutschland muss möglich bzw. sogar erwünscht sein

“Integrationskurse” (S.106, 4973f) Deutschlerner*innen sollen bei schlechten Leistungen sanktioniert werden

Schutzsuchende müssen bis zu 1,5 Jahre in **zentralen Lagern** ausharren (S.107, 5030ff) Schaffung von zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Abschiebeeinrichtungen, in denen Asylsuchende bis zu 18 Monate auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben warten müssen. Hier soll Residenzpflicht bestehen, das heißt Asylsuchende dürfen sich nicht frei bewegen.

IX. Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen

Kurzeinschätzung: Wenn Digitalisierung ein Lichtblick ist, so ist Kapitel IX der goldene Rand des Koalitionsvertrages. Es lässt auf den ersten Blick kaum etwas übrig, das man kritisieren kann. Die womöglich häufigste Kritik, die man stellen kann, dass detaillierte Konzepte noch nicht erstellt sind, Zeitpläne etwas schwammig und die Finanzierung womöglich noch nicht geklärt ist. Ansonsten ist die Richtung dieses Kapitels modern und durchaus zielführend, wenn es darum geht den Menschen das Leben in Deutschland leichter zu machen.

Übersicht zu wichtigen Positionen:

Wohnraumoffensive
(S.109ff)

Die Wohnraumoffensive setzt sich enorme Ziele. Zu kritisieren ist, dass ein Zeitraum nicht festgelegt wird, es also nicht klar ist ob die 1,5 Millionen Wohnungen und Eigenheime bis 2021 neu gebaut werden sollen, oder ob der Zeitraum länger ist das das. Ansonsten findet man:

- Gewinnung von Wohnbauland möchte man verbessern
- Kommunen Baulandmobilisierung erleichtern und Unterstützung für Bauland Aktivierung
- Verbesserung im Bauplanungsrecht (weniger Bürokratie)
- Bereitstellung von 2 Mrd. Euro für sozialen Wohnungsbau
- Steuerliche Anreize für Bau von bezahlbare Mietwohnung
- Unterstützung für Familien und besonders mit Kindern bei Hausbau
- Unterstützung für Altersgerechtes wohnen
- Anpassung von Wohngeld

Mieten (S.111f, 5215ff und 5233ff)

Im gesamten Paket “Miete” finden sich viele Verbesserungen für Mieter*innen.

Einziges Kritikpunkt ist hier, dass die Mietbreispemse schon frühzeitig evaluiert werden soll, mit Beachtung von bisherigen Erkenntnissen. Was genau das in der letztlich (Neu-)Umsetzung heißt ist nicht ersichtlich.

Stadtentwicklung und Baukultur (S.112ff, 5266ff)

Die Vorhaben lesen sich modern und gut. Auch wenn hier eine klare, finanzielle Aussicht fehlt, so ist die Richtung positiv zu bewerten. Moderne Städte, Gemeinden und Kommunen, ein Bekenntnis auch zum ländlichen Raum.

Besonders hervorzuheben ist der Wunsch, auch die Geschichte nicht außenvor zulassen. Man bekennt sich dabei gegen Rassismus und zur eigenen Verantwortung - auch im Städtebau.

Innovation und
Wirtschaftlichkeit **beim**
Bauen (S.112ff, 5337ff)

Abschaffung von Bürokratie, Festhalten an den Klimazielen, finanzielle Unterstützung bei Gebäudesanierungen - ob aus energetischen oder digitalen Gründen.

Auch hier ist an den eigentlichen Vorhaben keine Kritik zu äußern.

Heimat mit Zukunft (S.116ff)

Ein sehr übersichtlich geschriebenes Kapitel, dass sich der Demokratieförderung und Beteiligung verschreibt, die Förderungen von Kommunen und deren stabilen Finanzen in den Vordergrund hebt und nicht zuletzt die Zivilgesellschaft und das Ehrenamt als festen Bestandteil unserer Gesellschaft anerkennt und unterstützen will.

ÖPNV (S.121f, 5698ff)

Auch wenn es ein kurzes Kapitel ist, möchte man sich der Digitalisierung und Modernisierung nicht versperren und dabei den Nahverkehr erhalten und verbessern.

Allein klare Konzepte oder Vorstellungen für den Erhalt und Ausbau des ÖPNV findet man nicht in dem Papier

X. Ein handlungsfähiger und starker Staat für eine freie Gesellschaft

Kurzeinschätzung: Die Koalition einigt sich nach der Vorratsdatenspeicherung, die entgegen unserer nordhessischen Beschlusslage durchgesetzt wurde, auf das nächste Überwachungspaket mit weitergehender Videoüberwachung und der Stärkung von privaten Sicherheitsdiensten.

Übersicht zu wichtigen Positionen:

Videoüberwachung ausbauen;
Pilotprojekte weiter fördern
(S.126, 5957)

Es geht hier auch um intelligente Videoüberwachung. Was das genau sein kann, kann jetzt schon in Los Angeles beobachtet werden in Form von Drohnen, Gesichtserkennung und anderen Überwachungsinstrumenten.

Private Sicherheitsdienste
sollen ausgebaut werden (S.127,
5962)

Das Gewaltmonopol des Staates wird aus der Hand gegeben, obwohl die Sicherheitsdienste in der Vergangenheit keine gute Figur gemacht haben.

Verfolgung von
Kinderpornografie (S.130,
6152)

Kindesmissbrauch und Kinderpornografie sollen durch Programme wie "Kein Täter werden" verhindert und die Strafverfolgung effektiver werden.

Novellierung des
Personengesellschaftsrechts
(S.131, 6181)

Es soll eine Kommission gebildet werden. Es wird nicht klar, was genau das Ziel dieser Kommission sein soll.

XI. Verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen

Kurzeinschätzung: Der Bruch mit den Klimazielen 2020 ging bereits öffentlichkeitswirksam durch die Presse. Die Koalition *möchte* hier dennoch einiges erreichen. Ob das gelingt, zeigt sich spätestens vor der Aufgabe der nächsten Ziele.

Übersicht zu wichtigen Positionen:

Reduzierung der fossilen Brennstoffe (S.137, 6483)	Nette Absicht, aber wie? welcher Höhe? An welcher Stelle?
Das Klimaziel 2020 wird nicht eingehalten (S.142, 6740)	Die "Handlungslücke" zu diesem Ziel soll so schnell wie möglich geschlossen werden. Wie das passieren soll, bleibt fraglich. Die Ziele zur Klimapolitik sind unzureichend sowie die Aufgabe des eigentlich vereinbarten Ziels bis 2020 ist erschreckend. Im Fokus steht nach wie vor die Schwer- und Großindustrie.
Das Minderungsziel "wollen" wir bis 2030 auf jeden Fall erreichen (S.142, 6741)	Das klingt eher nach einem netten Versuch, denn als wirklich umzusetzendes Versprechen.
Internationale Umweltpolitik (S.137, 6513)	Es sollen zusätzliche Mittel zur internationalen Umweltpolitik bereitgestellt werden.

XII. Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt

Kurzeinschätzung: Viele Absichtserklärungen, wenig Konkretes. Die letzte Große Koalition lässt nichts Gutes befürchten.

Übersicht zu wichtigen Positionen:

Verschärfung der Rüstungsexportrichtlinien (S.151, 7072f)	Unklar; zunächst ist von Kleinwaffen die Rede, was okay ist. Aber was ist Panzern, Panzerabwehrwaffen etc.? Der Vertrag bleibt hier zu unkonkret, um wirksam zu sein.
Keine Lieferungen an Beteiligte des Jemen-Krieges (S.151, 7075ff)	Zitat: "Firmen erhalten Vertrauensschutz, sofern sie nachweisen, dass bereits genehmigte Lieferungen ausschließlich im Empfängerland verbleiben." (S.151, 7075ff) Das ist ein Witz. Staaten wie Saudi Arabien werden kein Problem damit haben, KMW zu versichern, dass ihre Leopard 2 Panzer ganz klar bei ihnen im Land bleiben. Abgesehen davon: An alle anderen, die sich nicht an dem Jemen Konflikt beteiligen sind Großwaffenexporte weiterhin uneingeschränkt.
Beziehungen zur Türkei (S.152f, 7151ff)	Während im Abschnitt zu Russland klare und gute Worte gefunden werden, fehlt hier eine kritische Perspektive.

XIII. Zusammenhalt und Erneuerung - Demokratie beleben

Kurzeinschätzung: Wenig Inhalt, schade!

Übersicht zu wichtigen Positionen:

Bürgerbeteiligung (S.164, 7767) Eine Kommission soll Vorschläge für mehr Bürger*innenbeteiligung erarbeiten.

Künstlersozialversicherungen (S.167, 7933) Es soll geprüft werden, wie Künstler*innen besser abgesichert werden könnten

XIV. Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen

Kurzeinschätzung: Die drei Parteien einigen sich auf eine gemeinsame Arbeitsweise. Auf Grund der Vertragsbrüche der vergangenen Legislatur soll dieses Mal nach zwei Jahren eine Evaluation stattfinden. Damit soll verhindert werden, dass die Union erneut Vorhaben wie das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit, Transparenz bei Manager*innengehältern oder die Lebensleistungsrente blockiert und vertragsbrüchig wird. Sie spiegelt das begründete Misstrauen gegenüber der Union wider und öffnet gleichzeitig die Möglichkeit bereits vereinbartes wieder zu kippen.

Übersicht zu wichtigen Positionen:

Keine wechselnden Mehrheiten (S.175) Der Koalitionsvertrag bindet die Fraktionen auch in politischen Fragen, die kein Teil der bisherigen Vereinbarung sind

Evaluierung (S.176, 8330f) Zur Mitte der Periode wird evaluiert, ob "auf Grund aktueller Entwicklungen neue Vorhaben vereinbart werden müssen"
→ Koalitionsbruch wieder vorprogrammiert?

Fazit

Der Koalitionsvertrag nennt einige wichtige sozialdemokratische Projekte. Zu den großen Erfolgen gehört die Lockerung des Kooperationsverbots, die es dem Bund ermöglicht stärker in Bildung zu investieren. Diese Investitionen sind dringend notwendig und entlasten die Städte und Gemeinden vor Ort ebenso wie die Länder. Darüber hinaus verspricht der Koalitionsvertrag Verbesserungen für Mieter*innen und Menschen, die selbst bauen möchten. Die Mietpreisbremse bleibt zwar ein eher zahnloser Tiger, dafür werden die Möglichkeiten, Mieter*innen durch Modernisierungen zur Kasse zu bitten, eingeschränkt. Ein weiterer großer Erfolg ist die Einführung einer Mindestauszubildendenvergütung. Doch auch hier wird nicht konkreter geregelt wie hoch diese Mindestvergütung sein wird.

Gerade in Bereich der Pflege finden sich nicht die dringend benötigten Verbesserungen. Am beschwerlichen Arbeitsalltag von Pfleger*innen wird sich nichts ändern. Dies geht zu Lasten von Pflegepersonal und Patient*innen.

Eines der größten Probleme des Vertrags ist das Einknicken vor den Rufen der Rechtspopulist*innen von AfD, PEGIDA und CSU. Eine noch stärkere Abschottung der EU und die im Bundestag bereits beschlossene weitere Beschränkung des Familiennachzugs verstärkt fremdenfeindliche Diskurse. Wenn aus den Forderungen von Rassist*innen Gesetze werden, verschiebt dies den gesellschaftlichen Diskurs weiter nach rechts. Die SPD hat es verpasst hier einen gesellschaftlichen Gegenentwurf zu präsentieren, der für eine offene Gesellschaft wirbt. Gegen diese offene Gesellschaft kämpft nicht nur die AfD. Auch konservative Kräfte wie die CSU werden ihre neue Stellung im Innen- und Heimatministerium nutzen, um erkämpfte Fortschritte anzugreifen. Das betrifft nicht nur flüchtende Menschen, sondern auch die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen und queeren Menschen. Schon in der letzten Legislaturperiode wurde linke Jugendkultur massiv durch die Union bedroht und kriminalisiert. Die Gleichsetzung von Rechts- und „Linksextremismus“, wie sie im Koalitionsvertrag zu finden ist, lässt nichts Gutes erahnen.

Der Koalitionsvertrag ist geprägt von Prüfaufträgen und der Auslagerung von Problemen in Kommissionen. Er findet keine gemeinsamen Antworten auf drängende Zukunftsfragen. Der Koalitionsvertrag gibt sich durch Leuchtturmprojekte wie die Digitalisierung einen modernen Anstrich, verschweigt dabei jedoch Finanzierungsvorbehalte. Viele der guten Projekte des Vertrags werden nicht umgesetzt werden können ohne die stärkere Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen. Es dominiert das „wir wollen“ über dem „wir werden“.

Der Koalitionsvertrag liest sich gut. Doch es fehlen wichtige klare Entscheidungen. Von der Steuerpolitik, die jegliches gemeinsames Konzept vermissen lässt, bis hin zur Friedenspolitik. Die Koalition drückt sich um verlässliche Aussagen. Der Vertrag erinnert an einen Lückentext mit viel Raum zur Interpretation, was in seinen vielen Prüfaufträgen und Kommissionen tatsächliches politisches Handeln werden soll. Das ist mutlos.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Sozialdemokratie ist in ihrer über 150-jährigen Geschichte durch viele Höhen und Tiefen gegangen. Sie trotzte Verfolgung und Verboten. Ihre schwerste Zeit ist die aktuelle Situation mit Sicherheit nicht. Doch die Zeit ruft nach neuen Antworten auf drängende Fragen. Viele Menschen innerhalb und außerhalb der Partei sehnen sich nach einem neuen Aufbruch!

Das letzte Jahr hat bewiesen, dass die SPD noch immer das Potenzial hat stärkste Partei im Parlament zu sein. Nach der Nominierung von Martin Schulz – ein damals neuer und stark pro-europäischer Kopf für die Berliner Luft – kletterten nicht nur die Umfragewerte in die Höhe, sondern auch unsere Mitgliedszahlen. Martin versprach damals auch einen Kurswechsel, eine Korrektur der Agenda 2010. Viele Menschen, die der Sozialdemokratie in den letzten Jahren den Rücken kehrten, sahen in ihr neue Hoffnung. Martin versprach einen echten Politikwechsel - und die Sehnsucht danach war groß!

Bei der Bundestagswahl wurde die Große Koalition abgewählt. Die SPD erhielt das schlechteste Ergebnis seit 1949. Beide Parteien haben massiv verloren. Je näher die gemeinsame Regierungsbildung rückt, desto weiter nimmt ihre Zustimmung bei den Umfragen ab.

Wir möchten allen Interessierten eine Möglichkeit geben sich intensiv mit dem Vertrag auseinanderzusetzen. Wir haben die Ergebnisse einer kritischen Betrachtung unterzogen, jedes Kapitel für sich geprüft. Dies soll keine abschließende Analyse darstellen, sondern den Einstieg in eine umfassende Debatte. Wir haben euch jeweils die Textstellen angegeben, damit ihr leichter an den für euch wichtigen Stellen ins Detail des Vertragstextes gehen könnt. Macht euch euer eigenes Bild von „Licht und Schatten“ des Vertrags!

Mit jungsozialistischen Grüßen,

euer Bezirksvorstand der Jusos Hessen-Nord

Es rettet uns kein höhres
Wesen,
kein Gott, kein Kaiser, noch
Tribun.
Uns aus dem Elend zu
erlösen,
können wir nur selber tun!
Leeres Wort: des Armen
Rechte!
Leeres Wort: des Reichen
Pflicht!
Unmündig nennt man uns
uns Knechte,
duldet die Schmach nun
länger nicht!

**! :Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
Erkämpft das
Menschenrecht:|**

– Die Internationale, 1910